

14. 3. 77

## Besuch von Herrn Bundesrat Brugger in London

Einer Einladung von Herrn Edmund Dell, Secretary of State for Trade, folgend, führte Herr Bundesrat Brugger am 28. Februar und 1. März 1977 Gespräche auf hoher Ebene.

Seine Gesprächspartner waren:

- Edmund Dell, Staatssekretär für Handel
- Denis Healey, Schatzkanzler
- Frank Judd, Staatsminister im FCO
- Alan Williams, Staatsminister für Industrie
- Sir Geoffrey Howe, Sprecher der Opposition für Finanz- und  
Wirtschaftsfragen

Herr Botschafter Jolles hatte ferner noch Gelegenheit zu Besprechungen mit Herrn Butler vom FCO und mit Herrn Preston vom Ministry of Overseas Development.

Das ursprünglich für zwei Tage vorgesehene Programm musste wegen einer ausserordentlichen Kabinetts-Sitzung praktisch in einem Tag durchgeführt werden. Es blieb deshalb für die einzelnen Besprechungen relativ wenig Zeit, sodass nur eine Auswahl von Fragen behandelt werden konnte.

Aus den Gesprächen verdient vor allem hervorgehoben zu werden

- der feste Wille der englischen Regierung, protektionistischen Begehren für allgemeine Einfuhrbeschränkungen nicht nachzugeben,
- die wahrscheinliche Zustimmung zur Erneuerung des Trade Pledge
- ein unverkennbarer Optimismus bezüglich der dritten Phase des "social contract" und einer baldigen Verbesserung der Zahlungsbilanzlage Englands,

- 2 -

- das Gewicht, welches die englische Regierung darauf legt, dass die Ueberschussländer eine expansive Politik führen, insbesondere Japan und Deutschland, aber auch die Schweiz.

Sie finden nachstehend die Berichte über diese Besprechungen.

*F. Lothar*

Beilagen

Gesprächs-ProgrammMontag, 28. Februar 1977

- 09.15 - 10.30 Edmund Dell, Secretary of State for Trade  
10.45 - 11.30 Frank Judd, Minister of State for Foreign and  
Commonwealth Affairs  
12.15 offizieller Lunch auf Einladung von Herrn Dell  
14.30 - 15.15 Denis Healey, Chancellor of the Exchequer  
15.20 - 16.00 Allan Williams, Secretary of State for Industry  
für Botschafter Jolles: M. Butler, Deputy  
Under-Secretary FCO  
16.15 Besuch der Parlamentssession

Dienstag, 1. März

- 09.00 - 09.30 Sir Geoffrey Howe, Opposition Spokesman for  
Treasury and Economic Affairs  
09.30 - 10.15 Besichtigung des Parlamentsgebäudes  
11.30 Pressekonferenz  
12.45 offizieller Lunch auf der Schweizerischen Bot-  
schaft auf Einladung von Herrn Bundesrat Brugger

Schweizerische Delegation

Bundesrat Ernst Brugger, Vorsteher des EVD

Botschafter P.R. Jolles, Direktor der Handelsabteilung

Botschafter F. Rothenbühler, Delegierter für Handelsverträge

Fürsprecher M. Lusser, Abteilungs-Chef Handelsabteilung

Dr. P.L. Girard, Sektionschef Handelsabteilung

Botschafter E. Thalman, Schweizerische Botschaft London

Minister K. Fritschi " " "

J.P. Zehnder, Botschaftsrat " " "



## N o t i z

über das Gespräch von Herrn Bundesrat Brugger  
mit Edmund Dell, Staatssekretär für Handel  
vom 28. Februar 1977

---

1. Wirtschaftslage

Edmund Dell:

Die gegenwärtigen Hauptziele der Wirtschaftspolitik sind:

- Verringerung der Inflationsrate
- Aktivierung der Zahlungsbilanz, um die in den letzten Jahren aufgelaufene Auslandsverschuldung zurückzahlen zu können
- Eindämmung der öffentlichen Ausgaben
- Verringerung der Arbeitslosigkeit

Die Inflationsrate ist noch hoch wegen der früheren starken Abschwächung des Pfundkurses. Hingegen ist die Lohnentwicklung unter Kontrolle und Dell ist zuversichtlich, dass auch die dritte Runde der Lohnvereinbarung, die gegenwärtig in Verhandlung sei, erfolgreich abgeschlossen werden kann. Sie ist zwar schwierig, doch besteht im ganzen Land Übereinstimmung über die Notwendigkeit einer vernünftigen Lösung. Diese Vereinbarung und die bereits eingetretene und noch zu erwartende Verbesserung des Pfundkurses werden im zweiten Halbjahr zu einer spürbaren Senkung der Inflationsrate beitragen.

Die Ertragsbilanz hat sich leicht gebessert und auch für 1977 wird eine ins Gewicht fallende Senkung des Defizits erwartet. Prognosen sprechen von einem Ueberschuss für 1978. 1977 wird bereits ein Drittel des Oelbedarfs aus eigenen Quellen stammen, die Selbstversorgung wird 1980 Wirklichkeit. Daraus wird sich eine wesentliche Verbesserung der Ertragsbilanz ergeben.

England hat einen grossen Ueberschuss auf dem Gebiet der Invisibles; der bestehende Handelsüberschuss bei den Industrie-Erzeugnissen wird ebenfalls wachsen.

Mit Bezug auf die Arbeitslosigkeit lässt sich kurzfristig wenig zur Verbesserung tun. Eine reflationäre Politik ist nicht möglich, da sonst die Einkommenspolitik gefährdet würde. Es müssen vielmehr über die Erhöhung der Exporte zusätzlich Arbeitskräfte absorbiert werden. Daraus erklärt sich auch der Druck Englands auf die USA, Deutschland, Japan und andere Ueberschussländer, um sie zu einer expansiven Wirtschaftspolitik zu veranlassen, da sie eine Reflation verdauen können.

Bundesrat Brugger:

Bundesrat Brugger schildert die wichtigsten Aspekte der schweizerischen Wirtschaftslage und unterstreicht die Schwierigkeiten, die sich aus der Pfundabwertung bzw. der Aufwertung des Schweizer Frankens ergeben und im bilateralen Handel auswirken.

Er erkundigt sich, wie sich der von der Gewerkschaft postulierte Abbau der direkten Steuern mit den von der Regierung verfolgten Zielsetzungen in Uebereinstimmung bringen lasse.

Dell antwortet darauf, es gehe u.a. darum, die Exportkonkurrenzfähigkeit zu verbessern und die Steuerlast, die als Folge der Inflation unverhältnismässig gestiegen sei, wieder auf das ursprüngliche Niveau vom letzten April zu bringen; wie das gemacht werde sei noch offen.



## 2. Handelsliberalisierung

Dell bekräftigt den Willen der Regierung, sich "generalized import restrictions" zu widersetzen, trotzdem Industrie und Gewerkschaften einen starken Druck ausübten. Gewisse Einfuhrkontrollen, besonders gegenüber Japan und den <sup>Fern</sup> Oststaaten seien verstärkt worden; mit den OECD-Ländern herrsche aber, abgesehen von Japan, "virtually free trade".

Auf den "Trade Pledge" angesprochen, wiederholt Dell, die Erneuerung des Pledge bedinge, dass die Ueberschussländer, insbesondere Japan, eine expansivere Politik führen und dass den Defizitländern genügend Finanzmittel zur Verfügung gestellt würden. Die englische Regierung habe sich noch nicht entschlossen, den Trade Pledge zu erneuern. Dell glaubt aber, dass dies schliesslich der Fall sein wird. Er gibt in diesem Zusammenhang aber seiner Befürchtung Ausdruck, dass auch diese multilaterale Verpflichtung, wie andere, schliesslich "another unnecessary piece of international furniture" werde. Angesichts der bereits bestehenden anderen Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung des freien Handels sei der Pledge eigentlich nicht nötig. Wichtig sei vielmehr die effektiv gehandhabte Politik. Hier wiederholt Dell: "Our policy is to remain an open market!"

Zu den GATT-Verhandlungen übergehend, erwähnt Dell als erstes, dass man auf die Formulierung der Politik durch die neue US-Administration warte. Trotzdem in der gegenwärtigen Wirtschaftslage keine grossen Erfolge erwartet werden dürften und noch zahlreiche und wichtige Differenzen zwischen den EG und den USA bestünden, müsse die Tokyo-Runde irgendwie mit Erfolg beendet werden. Man dürfe aber die Ansprüche nicht zu hoch setzen; Dell rechnet "with some conclusions" in der ersten Hälfte 1978.

Botschafter Jolles stellt fest, dass im grossen und ganzen unsere Zielsetzungen übereinstimmen, wobei aber gewisse Nuancen

bestehen. Hinsichtlich des Trade Pledge würde, nach schweizerischer Auffassung dessen Nichterneuerung das Signal zur Aufgabe der bisher geübten Zurückhaltung werden; zwar sei es richtig, dass die ursprüngliche Motivation des Pledge (keine Restriktionen als Folge von Oel- Ertragsbilanz-Defiziten) nicht mehr im Vordergrund steht; jedoch stellt man inzwischen eine beunruhigend steigende Anzahl von Schutzmassnahmen aus sektoriellen Gründen fest. Da fast alle Länder mit strukturellen Anpassungsschwierigkeiten zu kämpfen haben, die schmerzhaft und mit Arbeitslosigkeit verbunden sind, wird auf ihre Regierungen zunehmend Druck angesetzt. Es wäre deshalb gefährlich, den Pledge in dieser Situation aufzugeben.

Botschafter Jolles weist im Zusammenhang mit den von Dell einleitend gemachten Vorbehalten zur Erneuerung des Pledge auf die schweizerischen Beiträge im Rahmen der zu Gunsten Englands unternommenen Kredit- und Stützungsaktionen hin; ferner macht er darauf aufmerksam, die Schweiz habe durch das freie Floating ihrer Währung ihren Beitrag ebenfalls im Sinne des ersten Postulates erbracht und dabei ihre Konkurrenzfähigkeit sogar in Gefahr gebracht.

Bezüglich der GATT-Verhandlungen ist es sicher realistischer, auf dem Gebiet der Zölle keine grossen Kürzungen zu erwarten. Psychologisch ist es aber wichtig, dass die Verhandlungen aktiv fortgesetzt werden als Zeichen des Willens, den Protektionismus nicht aufkommen zu lassen. Sehr wichtig ist heute besonders, dass ein genügendes Gewicht der Verhandlungsanstrengungen auf das Gebiet der NTB gelegt wird, deren Zahl in letzter Zeit gewachsen ist.

Dell bestreitet die Zunahme der Einfuhrbeschränkungen in den verschiedenen Ländern nicht, sie seien aber fast ausschliesslich gegen Japan und Nicht-OECD-Länder gerichtet. Hier stelle sich das Problem, dass immer mehr Entwicklungsländer auf be-



stimmten Gebieten durchaus konkurrenzfähig geworden seien und zwar in einer Weise, welche die Industrieländer zu Strukturveränderungen zwingt, die unmöglich ohne schwerwiegende Störungen in kurzer Zeit vorgenommen werden können. Die Behandlung dieses Problems im Rahmen der Tokyoc-Runde ist für England sehr relevant.

Schliesslich findet es Herr Dell bedauerlich, dass ausgerechnet die USA das einzige Land sind, das gegenüber dem "atlantischen" Handelsraum Einfuhrrestriktionen für Textilien eingeführt hat.

### 3. Bilaterale Probleme

Botschafter Jolles erläutert hier im Einzelnen die zwei bestehenden Probleme, welche Papier und Textilien betreffen (s. entsprechende Speaking notes).

Die Herren Stobart und Robinson sind sich der Probleme bewusst. Sie verweisen vor allem auf die Schwierigkeit, eine Lösung zu finden, ohne die Lückenlosigkeit des Ueberwachungssystems für Textilien zu gefährden bzw. ohne ein Präjudiz für ähnliche Begehren wie diejenigen der Schweiz durch andere EFTA-Länder im Papiersektor zu provozieren.

Die Angelegenheiten sind in Prüfung. Man erklärt sich bereit, auf administrativem Niveau die Gespräche im Einzelnen fortzusetzen.

### 4. Buy-British Kampagne

Bundesrat Brugger erkundigt sich, ob die uns zugekommenen Meldungen aus der Wirtschaft, welche von einer Kampagne "Buy British" sprechen, zuträfen.

Dell antwortet, dass kein Zweifel bestehe, wonach die öffentlichen Unternehmen in erster Linie englische Produkte einkaufen. Das öffentliche Einkaufswesen ist ein Problem, das in der OECD und im GATT behandelt wird bzw. behandelt werden soll. Die englische Regierung widersetzt sich nicht einer Beseitigung der Diskriminierung auf der Basis der Reziprozität.

Hingegen wird bestritten, dass eine eigentliche Kampagne betrieben werde. Peter Shore hat zwar in einer Rede davon gesprochen, erhielt aber kein gutes Echo. Kein Regierungsmitglied habe sich im Sinne einer buy-British Kampagne geäußert.

Herr Botschafter Jolles verweist auf den 1972 in der EFTA gefundenen modus vivendi, der auf der Reziprozität beruhe. Wir sind bereit, ihn so weit wie möglich zu beachten, doch müsse eine gewisse Reziprozität erwartet werden können.

## Gesprächsnotiz

über Bundesrat Ernst Brugger's Besprechung  
mit Staatsminister Frank Judd im FCO  
am 28. Februar 1977

---

Auf schweizerischer Seite nahmen daran teil:

Botschafter E. Thalmann  
Botschafter P.R. Jolles und  
Minister K. Fritschi (Aufzeichnung)

auf britischer Seite:

Botschafter A. Rothnie, sowie  
D. Thomas, Assistant Under-Secretary,  
Miss L. Ford, Assistant Head of the EEC-Presidency Secretariat  
und R. Westbrook, Private Secretary.

Nach Herrn Judds Willkommensgruss, erinnert Herr Brugger vorerst an das traditionell ausgezeichnete bilaterale Verhältnis, das in wichtigen Zeiten der schweizerischen Geschichte für unser Land von Bedeutung war und das noch in jüngerer Vergangenheit in der damals gemeinsamen EFTA-Mitgliedschaft seinen Ausdruck fand. Herr Brugger kommt dann auf den bevorstehenden EFTA-Gipfel zu sprechen (gemäss Gesprächsnotiz zu diesem Thema) und betont anschliessend, wie sehr es ihm daran gelegen sei, dass das Wiener Treffen vom 13. Mai gerade von Grossbritannien (EG-Präsidentschaft), aber auch von den übrigen Neun richtig verstanden und beurteilt werde.

Herr Judd antwortet, Grossbritannien wünsche gleich der Schweiz in diesen Fragen - wie Herr Brugger soeben dargelegt habe - pragmatisch vorzugehen. Grossbritannien strebe wie bisher nach einem guten Verhältnis mit der Schweiz und ihren EFTA-Partnern, deren



- 2 -

Entwicklung London mit Interesse verfolge. Für enge Beziehungen zwischen den westeuropäischen Staaten böten sowohl die OECD wie Europarat Gelegenheit; und wenn auch etwa in letzterer Organisation in diesem Sinn vom Ministerrat noch besserer Gebrauch gemacht werden könne, so müsse wohl doch hierfür der Hauptantrieb von bilateraler Ebene kommen.

Die Erweiterung der Beziehungen der EG im Mittelmeer-Bereich betrachte London als politischen Vorteil, der die wirtschaftliche Problematik, die sich dabei auch stelle, mehr als aufwiege. Die Neun vermögen, so hofft Herr Judd, den Demokratisierungsprozess in Ländern wie Griechenland, Portugal und Spanien fördern zu helfen.

Unsere Zusammenarbeit ist - immer gemäss Herrn Judd - auch wichtig im Nord-Süd-Dialog, wo wir gegenüber der Kohäsion und Militanz der 19 bzw. 77 gemeinsame Interessen haben. Wichtige Probleme wie Verschuldung und Ressourcentransfer werden sich auch über die derzeitige Dialogphase (KIWZ) hinaus stellen. Wir müssen gegen allzu vereinfachende Reaktionen von Seiten der Entwicklungsländer ankämpfen, weil sie laut Herrn Judd gegen die Interessen auch dieser Staaten selbst gehen können. Zu oft sei früher die Lage über Gebühr dramatisiert und zuviel Erwartungen seien bis anhin geweckt worden. In der Wirklichkeit gegenseitiger Abhängigkeit gelte es, in pragmatischer Weise goodwill zu schaffen.

Pragmatisches Vorgehen entspricht gemäss Herrn Jolles auch schweizerischer Auffassung. Es gehe im Verhältnis zwischen EG und EFTA nicht in erster Linie um kollektive Verhandlungen. Es gebe Probleme, für deren Lösung sich bloss der bilaterale Rahmen eigne, weil jedes Land seine spezifisch eigenen Fragen kennt. Sicher bestehe gerade etwa am EFTA-Gipfel ein Interesse an gemeinsamem Gedankenaustausch; die Zusammenarbeit der einzelnen EFTA-Staaten mit den EG müsse zwar weiterhin auf pragmatischer und individueller Grundlage ausgebaut werden, doch könne ein vorheriger Meinungs austausch zeigen, welche gemeinsamen Anliegen bestehen würden; vor allem aber gebe es Neuentwicklungen, wie die geographische Erweiterung der EG, die sich auf den europäischen Freihandelsraum auswirken und daher generell unter sämtlichen Freihandelspartnern gelöst werden müssen.



- 3 -

Mit dem EFTA-Gipfel soll aus schweizerischer Sicht gegenüber den EG nicht der Eindruck von Teilung oder gar Konfrontation geweckt werden. Wir sind deshalb gemäss Herrn Jolles daran interessiert, dass das Wiener Treffen vom 13. Mai von Seiten der EG ein positives Echo auslöst.

Im Nord-Süd-Dialog ist Herr Jolles aus der Sicht des CESS-Präsidenten versucht, für die Notwendigkeit einzutreten, die Politik der G-8 zu harmonisieren und eine gemeinsame Politik zu finden. Es gebe indessen Länder, die aus politischen Ueberlegungen die Bildung eines Blocks befürchteten. Die G-19 würden uns aber gerade den Vorwurf machen, keine gemeinsame Position zu haben.

Wie steht es in dieser Hinsicht um die gemeinsame Haltung der EG ? Man hätte sich vorstellen können, die EG würden während des amerikanischen Interregnums (Ford-Carter) etwas unternehmen, um gegenüber Washington eine eigene Stellungnahme zu präsentieren. Aber das Gegenteil sei geschehen: Brüssel erwartet von Washington, dass es die Führung übernehme. Welches sind die Chancen einer konzertierten Aktion für die Lösung hängiger Probleme, z.B. auf Gebieten wie jenen der Rohstoffe und Verschuldung ?

Herr Judd entgegnet, dass er mit fast allem, was Herr Jolles soeben gesagt habe, einiggehen könne. In Brüssel sei es mit vielem schlecht bestellt. Manches, was getan worden sei, habe die 77 irritiert.

Der Suche nach einer gemeinsamen westlichen Haltung kommt laut Herrn Judd höchste Priorität zu. Vorerst seien die bevorstehenden UNCTAD-Verhandlungen für den Gemeinsamen Fonds von Bedeutung. In den übrigen KIWZ-Fragen werde die G-8 eine gemeinsame Basis finden müssen. Für Europa stehe tatsächlich sehr viel auf dem Spiel. Der neuen amerikanischen Regierung

müsse indessen Zeit gelassen werden, damit sie sich selbst ein Urteil zu bilden vermöge. Washingtons Haltung habe im übrigen bereits gewisse Veränderungen durchgemacht, dies in Richtung einer mehr traditionellen Position.

Im Hinblick auf den Abschluss der KIWZ verwendet sich Herr Judd für eine einfache und speditive Lösung: Ministerkonferenz in der zweiten Hälfte des Monats Mai (nach Rambouillet III), der ein Treffen hoher Beamter (Kopräsidenten ohne Verhandlungsbefugnis) unmittelbar vorangehen würde.

Was die materielle Seite betreffe, so sei Grossbritannien in Sachen Gemeinsamer Fond gegen Lösungen interventionistischer Natur. Möglich scheine etwa zu sein, was in der von französischer Seite angedeuteten Richtung gehe. In der Frage der Verschuldung gebe es viele Ideen. Herr Judds Eindruck ist es dabei, dass wir noch lange mit dieser Problematik leben müssen.

In der Frage des prozeduralen Vorgehens zweifelt Herr Jolles daran, dass sich die G-19 mit einer Ministerkonferenz zufriedengeben werden, die nicht mit vorherigen Treffen der Kommissionen eingeleitet wird.

Was die materiellen Aspekte der KIWZ betreffe, so werde es aus schweizerischer Sicht in der Frage der Verschuldung grundsätzlich darum gehen, um welche Art von Verschuldung und um welche Länder es sich handle. Die Kreditwürdigkeit werde für die Entwicklungsländer immer wichtiger. Bei der öffentlichen Hilfe würden sich der Schweiz Probleme politischer Natur stellen im Zusammenhang des bevorstehenden Referendums über die Steuerreform (Einführung der Mehrwertsteuer).



Nach Herrn Judds Auffassung wird viel von der Haltung Amerikas abhängen. Herr Thomas fügt bei, dass es unter den Neun eine weite Spanne verschiedener Ansichten gebe. Die EG müssten erst noch einen gemeinsamen Mittelweg finden. Es sei auch kaum möglich, dies zu tun, bevor die Stellungnahme anderer Staaten bekannt sei. Tatsächlich gelte es, mit der endgültigen Position der EG schon aus taktischen Gründen noch zurückzuhalten, weil sie der Öffentlichkeit bekannt werde, sobald sie einmal gefasst sei. Gemäss Herrn Judd kann die Haltung der EG im übrigen von derjenigen Grossbritanniens sehr verschieden sein.

Herr Jolles gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die hier erörterten Fragen im Rahmen von G-8 und CESS diskutiert werden können und dass gewisse Länder nicht zu lange mit verdeckten Karten spielen werden. So seien etwa diejenigen Staaten, die nicht am Wirtschaftsgipfel teilnehmen würden, daran interessiert, darüber etwas in Erfahrung zu bringen. Deshalb sei die OECD so wichtig. Die schweizerische Seite hoffe, dass die Wirtschaftsgipfelteilnehmer vor und nach ihrem Londoner Treffen von den bestehenden Mechanismen dieser Organisation Gebrauch machen werden. Dies sei namentlich im monetären Bereich wichtig, an dem die Schweiz insbesondere interessiert sei.

Für Herrn Judd ist die enge Zusammenarbeit zwischen den westlichen Staaten im Zeichen der bestehenden Interdependenz ebenfalls von grosser Wichtigkeit.

## N o t i c e

sur l'entretien de M. le Conseiller fédéral Brugger  
avec le Chancelier de l'Echiquier  
du 28 février 1977

---

Le Chancelier de l'Echiquier commence par remercier la Suisse de l'apport précieux et relève qu'en dépit d'une situation économique difficile, des développements positifs sont apparents au Royaume-Uni. Le volume des dépenses publiques est notamment inférieur aux prévisions et devrait non seulement s'inscrire dans les limites fixées par le FMI mais encore offrir une certaine marge de manoeuvre aux autorités. Le taux d'inflation devrait par ailleurs diminuer plus rapidement que prévu initialement, grâce également au raffermissement récent de la livre. Enfin, les perspectives en matière d'investissement pour 1977 sont nettement optimistes (augmentation de 20 - 25 % en termes réels).

La coopération avec les TUC est jugée satisfaisante par les autorités britanniques. Preuve en est le fait qu'il a été possible de faire accepter une diminution d'environ 4 % du "real take-home pay" des ouvriers de l'industrie en 1976. Une nouvelle réduction d'environ 2 % est envisagée pour le premier semestre de 1977. Ce développement ainsi que la contraction de l'éventail des salaires au détriment des ouvriers spécialisés expliquent les demandes exprimées par les TUC en vue d'une réduction de deux milliards de livres de la charge fiscale en 1977. Il est évident, de l'avis de Denis Healey, qu'une demande de cet ordre ne pourra être prise en considération. Un certain allègement fiscal devra toutefois être accepté afin de compenser en partie la perte de salaire réel survenue récemment ainsi que pour faciliter le renouvellement de l'accord avec les TUC sur la limitation des augmentations salariales en termes nominaux.



- 2 -

Le Chancelier a tenu à exprimer le voeu que les pays en forte position de balance des paiements poursuivent des politiques plus expansives afin de faciliter l'ajustement international. A son avis, la Suisse, avec un taux de chômage inférieur à 1 % et une économie stagnante, devrait être en position de prendre des mesures dans ce sens. Le côté suisse a à cet égard relevé que, contrairement à une opinion largement répandue, la politique économique suisse, tant monétaire que budgétaire, ne pouvait être qualifiée de restrictive et qu'elle constituait, au contraire, pas un frein à une reprise intérieure. En outre, les interlocuteurs suisses ont souligné que notre pays a d'ores et déjà, du fait de l'appréciation du franc, supporté une part de l'ajustement international. Enfin, la Suisse ne s'est pas dérobée aux efforts internationaux en vue d'apporter une aide aux pays en difficulté de balance de paiements, ainsi que ses contributions au financement du crédit stand-by du FMI et à l'opération de consolidation des balances sterling le témoignent. Tout en se montrant sensible aux arguments avancés, le Chancelier de l'Echiquier reste toutefois convaincu qu'une stimulation de l'économie devrait aussi être possible en Suisse. Le principal souci du Royaume-Uni en ce qui concerne Rambouillet III sera d'ailleurs d'encourager les pays forts à prendre des mesures de stimulation additionnelles : l'Allemagne, les Pays-Bas et la Suisse figurent au premier rang des pays visés. De telles mesures sont, selon le Chancelier de l'Echiquier, d'autant plus nécessaires que la situation d'endettement de nombre de petits pays est devenue précaire et que, dès lors, l'introduction de mesures de protection pourrait, aux yeux de ces pays, devenir nécessaire en l'absence d'une demande extérieure suffisamment soutenue.

Denis Healey partage l'opinion de ses interlocuteurs suisses que les fluctuations de taux de change représentent un problème international majeur et ceci d'autant plus que le marché tend à exagérer ces fluctuations. Il importe toutefois selon lui d'être conscient que le problème central demeure dans ce domaine une harmonisation des conditions économiques de base des divers pays. Le Plan



- 3 -

Duisenberg représente une tentative intéressante dans ce sens. Toutefois, les autorités allemandes y sont hostiles car son application signifierait qu'elles devraient stimuler leur économie afin de s'aligner plus étroitement sur leurs partenaires des Communautés européennes, ce qui ne leur semble pas opportun à l'heure actuelle. Par ailleurs, le Chancelier de l'Echiquier n'a pas le sentiment que la nouvelle administration américaine ait des vues bien nouvelles dans ce domaine par rapport à la précédente équipe.

En ce qui concerne enfin la CCEI, Denis Healey est d'avis que les discussions de Paris sont en grande partie faussées par ce qu'il appelle "the unnatural alliance" entre les pays de l'OPEP et les pays en développement non producteurs de pétrole. Les efforts en vue d'une stabilisation des marchés des produits de base restent une des principales priorités des autorités britanniques. Toutefois, comme en ce qui concerne l'endettement, elles demeurent fermement opposées à toute approche générale dans ce domaine. En tout état de cause, une large part de succès ou de l'échec de la conférence Nord-Sud dépendra, de l'avis du Chancelier, de la position de l'administration Carter, position qui, selon des informations britanniques, reste très incertaine pour l'instant.

## N o t i c e

sur l'entretien de M. le Conseiller fédéral Brugger  
avec Sir Geoffrey Howe, Opposition Spokesman for  
Treasury and Economic Affairs  
du 1er mars 1977

---

a) Principales causes de la mauvaise situation économique britannique

- obstruction syndicale
- immobilité de la main-d'oeuvre en raison d'une politique du logement mal conçue
- déclin à long terme de la rentabilité des entreprises
- système fiscal sur-égalitaire, etc.

b) Action à entreprendre en priorité

Réduire les anticipations en matière d'augmentations de salaires des ouvriers. M. Healey a déclaré, au début de la crise pétrolière, que celle-ci provoquerait une réduction du PNB de 5%. Jusqu'à cet automne, et contrairement à la propagande des syndicats, les ouvriers ont réussi à maintenir leur pouvoir d'achat, alors que celui des cadres a diminué d'environ 30%. Le chancelier Healey et M. Howe sont tous les deux d'accord sur la nécessité de réduire encore les revenus réels, tout en admettant que le nivellement des salaires est devenu trop grand et qu'une différenciation s'impose. Malheureusement, l'attitude gouvernementale, jusqu'il y a peu, a laissé croire aux salariés qu'il n'y aurait pas de diminution réelle de leurs revenus.

c) L'Accord sur la limitation des salaires avec les syndicats

C'est évidemment une question centrale. Cependant, ce n'est pas le seul élément essentiel d'une politique visant à redresser la situation économique. Le contrôle de la masse monétaire est tout aussi important. Le grand tort du gouvernement est de focaliser l'atten-

- 2 -

tion sur cet accord. Si des difficultés sérieuses surgissent, alors l'étranger sera alarmé, sans même réfléchir au fait que ni les USA, ni la RFA, ni la Suisse n'ont eu besoin, pour contrôler la situation, d'une politique des revenus de cette nature.

Toutefois, si l'on passait directement maintenant à une situation de complète liberté de négociation, l'on assisterait probablement à une explosion des augmentations de salaires de l'ordre de 20 %. Une fois de plus donc, la seule voie est de convaincre les salariés de réduire leurs anticipations.

d) Principales raisons pour lesquelles les exportateurs n'ont pas plus profité de leur position compétitive

- à court terme, marchandises ne sont simplement pas là (ex. voitures)
- à plus long terme, il n'y a pas de ressources pour combler l'excès de demande
- beaucoup d'exportateurs ont si peu confiance en leur possibilité de maintenir leur compétitivité, qu'ils préfèrent augmenter leurs prix.

e) Elections

Sir Geoffrey Howe déclare que son parti est en faveur d'élections anticipées, le plus tôt possible. Plutôt elles viendront, plus grande sera la majorité conservatrice.

De toute façon, qu'un changement de gouvernement intervienne tôt ou seulement dans plusieurs mois, la passation des pouvoirs sera une période difficile.



## N o t i z

über das Gespräch von Herrn Botschafter Jolles  
mit M.D. Butler, Deputy Under-Secretary im FCO  
vom 28. Februar 1977

---

Anlässlich von Bundesrat Bruggers Londoner Besuch wurde Botschafter P.R. Jolles, Direktor der Handelsabteilung, in Begleitung von K. Fritschì von M. D. Butler, Deputy Under-Secretary, in Anwesenheit von D. Thomas, Assistant Under-Secretary, zu einem Gespräch im FCO empfangen, das folgendes ergeben hat:

1. Europäische Integrationsentwicklung, EFTA-Gipfel, EG-Erweiterung

Butler, der von Thomas bereits über Bundesrat Bruggers Gespräch mit FCO-Staatsminister Judd, das unmittelbar vorher stattgefunden hat, orientiert ist, zeigt volles Verständnis für unser Anliegen (J. spricht ausdrücklich aus schweizerischer Sicht), der EFTA-Gipfel vom 13. Mai möge von den EG richtig verstanden und nach dessen Abhaltung (Pressecommuniqué) entsprechend kommentiert werden. B. bittet uns, zu diesem Zwecke mit GB (EG-Präsidentschaft) oder Brüssel (Kommission) für Sondierungen Kontakt aufzunehmen, sobald die Gipfelvorbereitungen abgeschlossen sein werden. Er hält die vorgesehenen Ergebnisse aufgrund der gemachten Angaben für so wesentlich, dass solche vorgängigen Kontakte nach seiner Auffassung tatsächlich nützlich sein werden. Er teilt auch die schweizerische Auffassung, wonach die Gipfelverlautbarung über das Verhältnis EFTA/EG möglichst allgemein zu halten sei und dann die Lösungen von spezifischen Fragen einzelner Mitgliedstaaten in ihren Beziehungen zu den EG zur Hauptsache pragmatisch-individuell ins Auge gefasst werden sollten. Wegen der Schwerfälligkeit des EG-Apparates und wenn zwischen

Abschluss der Gipfel-Vorbereitung und dem 13. Mai keine Minister-rats-Sitzung stattfindet, sieht B. allerdings das Problem einer rechtzeitigen Beschlussfassung der EG über deren von uns gewünschten raschen positiven Stellungnahme zum Wiener Treffen.

Im Hinblick auf die Erweiterung der EG (Griechenland, Portugal, Spanien) glaubt B. nicht an eine rasche Entwicklung der Dinge in dieser Richtung. So werden die Verhandlungen mit Griechenland noch viel Zeit beanspruchen, auf jeden Fall mehr als es den Griechen offenbar lieb ist. Ein Verhandlungsabschluss vor 1980/81 werde indessen wohl kaum möglich sein.

Im Gegensatz etwa zu Portugal hat Spanien gemäss B. den Beweis seiner demokratischen Entwicklung noch nicht erbracht. Vorerst gelte es, die spanischen Wahlen abzuwarten. Und selbst dann sei es noch nicht sicher, ob Madrid sein Aufnahmegesuch tatsächlich schon stellen werde. Auf jeden Fall werde diese Frage frühestens nächsten Mai/Juni aktuell werden. Die Probleme, die sich der Schweiz und anderen EFTA-Staaten aus der künftigen Uebergangszeit bis zum endgültigen EG-Beitritt dieser Staaten (Griechenland, Portugal, Spanien) ergeben werden, haben somit gemäss B. noch viel Zeit, bis sie später geprüft und dann gelöst werden können. Demgegenüber weist Jolles darauf hin, dass gerade wegen der langen Uebergangszeit, bis die Diskriminierung durch Einschluss dieser Länder in die Freihandelsabkommen mit den EG überwunden wird, interimistische Lösungen erforderlich sind. Die Meinungsverschiedenheiten, die unter den EG-Staaten wegen der Erweiterung bestehen, werden ohnehin keine raschen Lösungen fördern. Am besten werde sich der EFTA-Gipfel zur Frage der EG-Erweiterung sehr allgemein äussern.

## 2. Nord-Süd-Dialog (KIWZ)

Die G-8 wird laut B. an ihrem kommenden Treffen bestenfalls etwas für den Zeitplan und Prozedere zu tun vermögen, es sei denn, die USA würden mit etwas Unerwartetem aufwarten. B. hofft, die EG werden an der Ratssitzung vom 5. März zu einer gemeinsamen Haltung über den Gemeinsamen Fonds kommen. Eine Einigung über die übrigen Fragen werde vor dem Rat vom 5. April nicht möglich sein.



Nach Bs Auffassung geht es darum, an den bevorstehenden UNCTAD-Verhandlungen ins Detail zu gehen und zu Resultaten zu gelangen. Dies werde angesichts der noch bestehenden grossen Meinungsverschiedenheiten (NL, BRD) schwierig sein. Die Ausarbeitung eines diesbezüglichen konkreten Arbeitsprogramms sei indessen wichtig im Hinblick auf die KIWZ, wo keine Detailberatung stattfinden könne. B wiederholt im übrigen zum Gemeinsamen Fonds die bekannten Thesen (keine direkten Eingriffsmöglichkeiten ins Marktgeschehen; keine Preiserhöhungen wider die Regeln der Marktwirtschaft) und erklärt, es gehe nicht an, ein Prinzip zu akzeptieren, bevor man wisse, wie es verwirklicht werde. Er hofft, man werde die NL davon überzeugen können. Die UNCTAD-Verhandlungsrunde vom Monat März sollte zu einem ersten Ergebnis führen, weil sonst die KIWZ zu stark belastet würde und unter das Damokles-Schwert einer neuen Erdölpreiserhöhung gestellt werden könnte.

Wenn es somit - immer nach B. - für den Nord-Süd-Dialog von Bedeutung ist, wie sich die UNCTAD-Verhandlungen abwickeln werden, so wird es an der KIWZ selbst darum gehen, darüber hinaus für Verschuldung und Ressourcentransfer die geeignete Verpackung (envelopment) zu finden. Alles, was die G-19 wünscht, muss in dieser oder jener Art und Weise Erwähnung finden. Wichtig ist die Haltung der Vereinigten Staaten; die amerikanische Regierung wird das tun, was der Kongress akzeptieren wird. Die EG haben sich noch keine konkrete Meinung gebildet. B. geht dabei davon aus, dass dies vor Ostern der Fall sein wird. Danach werden einzelne G-19-Länder individuell bearbeitet werden müssen. Man wird ihnen Fortschritte in Aussicht stellen müssen, damit die Verhandlungen dann unter dem Impuls der KIWZ in den regulären Wirtschaftsorganisationen weitergeführt werden könnten.

Die G-19 wird damit zuerst nicht einverstanden sein; die vernünftigen Länder unter ihnen werden aber begreifen, dass sie mehr nicht zu erreichen vermögen. Wir müssen ihnen laut B. Realismus predigen; es geht um einen langwierigen Prozess in allem, was mit der KIWZ zu tun hat. Die KIWZ selbst sei zur Ruhe zu legen, ohne dabei auszuschliessen, dass der Dialog später in irgendeiner Weise wieder aufgenommen werde, ohne ihn zu institutionalisieren. Alles in allem genommen, es gehe für die KIWZ darum, ihr "a reasonable and amiable conclusion" zu finden.

#### Vorverhandlungen

Je gedrängter und je unbelasteter durch ~~V~~dieser Abschluss in Angriff genommen werde, umso besser werde er durchgeführt werden können: Ministerkonferenz in den letzten zehn Tagen des Monats Mai (nach Rambouillet III), die durch ein Treffen der Kopräsidenten eingeleitet würde. Laut B. käme die Ministerkonferenz nie zu einem befriedigenden Abschluss, wenn die Kommissionen einen Monat vorher zusammentreten würden. Es gehe aber nicht mehr um Verhandlungen, sondern darum, eine allseitig annehmbare Sprachregelung zu finden. Das erwähnte Treffen der Kopräsidenten sei deshalb vorzuziehen, weil diese nicht befähigt seien, Substanzfragen zu erörtern.

### 3. CESS, Rolle und Themen

Für B. sind die CESS-Treffen sehr nützlich. Sie haben ihre besondere Bedeutung für die Nicht-G-8-Mitglieder. Ausserst wertvoll ist die Teilnahme von Persönlichkeiten wie Cooper und Yoshino. Bewunderung verdienen die jeweiligen Schlussfolgerungen des Präsidenten. B. schätzt insbesondere die jeweils vorangehenden Abendessen. Die Treffen sollten nicht mehr als 1 bis 1 1/2 Tage dauern. Sie sind von Bedeutung für Gedankenaustausch unter hohen Beamten im Interesse einer realistischen, pragmatischen und weitsichtigen Betrachtung der Dinge. Dies ist gerade dann wichtig, wenn das Traktandum KIWZ zur Debatte steht.



Bezüglich des Trade Pledge ist es Butlers persönliche Auffassung, dass dessen Erneuerung wohl keine unüberwindlichen Probleme stellen wird; doch werde, wie letztes Jahr, die Regierung erst in letzter Minute ihren Entscheid fällen; ferner erachtet er es von Bedeutung, dass die MTN befriedigend abgewickelt werden können.

In der Frage von Vorbereitung und follow-up des Wirtschaftsgipfels im Rahmen der OECD ist B. deshalb skeptisch, weil er die Auffassung vertritt, Rambouillet III müsse ein Treffen sui generis sein, an dem keinerlei bindende Verpflichtungen eingegangen werden. Die beste Art und Weise, dem Wirtschaftsgipfel keine Verminderung der Rolle der OECD zu erlauben oder den Eindruck zu erwecken, er sei die entscheidende Vorbereitungs-etappe für die KIWZ, besteht nach B. darin, die gegenseitigen Daten nicht abzustimmen, sondern "to let them go alone".

Die Möglichkeit gegenseitiger Information über den Kreis der Teilnehmer des Wirtschaftsgipfels hinaus sieht B. etwa auch in der Tagung des IMF-Interimskomitees von Ende April. Im übrigen spricht er aufgrund von Nachrichten aus Washington von Schwierigkeiten, das OECD-Ministertreffen im April abzuhalten, und von der Möglichkeit, es nach der KIWZ im Juni durchzuführen.

## N o t i z

über das Gespräch von Herrn Bundesrat Brugger  
mit Allan Williams, Minister of State for Industry

---

28. Februar 1977

Gesprächsgegenstand: Regionale Entwicklungsfragen

Herr Williams zeigt grosses Interesse zu vernehmen, wie die Schweiz ähnliche Probleme, wie sie England hat, anpackt. Eine der schwierigsten Fragen ist offensichtlich die gerechte Verteilung der Mittel auf die verschiedenen Regionen: er erkundigt sich, wie wir in der Schweiz die Gewichtungen legen, ohne politische Probleme zu schaffen, wie sie England im Rahmen der "devolution" hat begegnen müssen. Williams unterstreicht, dass auch in seinen Augen das Ziel der Entwicklungs-Massnahmen darin bestehen müsse, der Industrie zu helfen, auf eigenen Beinen zu stehen.

Herr Bundesrat Brugger erläutert seinem Gesprächspartner die schweizerische Situation. Keine besonderen Probleme bestehen hinsichtlich des Berggebietes, weil in diesem Bereich eine genügende gesetzliche Basis vorhanden ist, welche sowohl Landwirtschaft als auch Industrie und Tertiärsektor erfasst.

Die neuen Probleme ergeben sich vielmehr daraus, dass ganze Industrien Strukturprobleme haben (Uhren, Bauwirtschaft) und sich diese regional besonders auswirken (Jurakantone und Uhrenindustrie). Bundesrat Brugger wäre dankbar für eine Erläuterung der Instrumente, welche für solche Fälle in England zur Verfügung stehen.

Aus den anschliessenden Erläuterungen Williams' geht hervor, dass England auf eine lange Erfahrung mit solchen Problemen zurückblicken kann. Die erste Industrie-Entwicklung Englands habe dort



stattgefunden, wo sich die Rohstoffe befunden hätten, nämlich in den peripheren Regionen des Landes, die gleichzeitig auch zu den peripheren Gebieten Europas zu zählen seien.

Die Regierung will verhindern, dass sich diese Regionen entvölkern zu Lasten der bereits strapazierten Infrastruktur der Zentren. Deshalb habe man negative Regeln geschaffen, indem sich Industrien im Prinzip nicht in den zentralen Regionen neu niederlassen sollten; eine eigentliche Gesetzgebung bestehe jedoch nicht, sondern die Steuerung erfolge durch "persuasion", auch finanzieller Art. So bestünden vier Gebietsklassen:

- bereits stark industrialisierte Gebiete ohne Probleme: keine Beihilfen
- "intermediate areas"; wenig Hilfe: 20 % der Baukosten
- "development areas" (Gebiete mit früherer Industrie-Konzentration): 20 % für Bauten; 20 % für Ausrüstung
- "special development areas" (meist alte Kohlengebiete): Hilfe 22 % für Bauten, 22 % für Ausrüstung.

Besondere Hilfen sind möglich bei besonders attraktiven Projekten oder in besonders bedürftigen Gegenden. Die frühere "employment aid" werde aufgehoben, weil sie die Unternehmen hindere, auf eigenen Füßen zu stehen.

Williams behauptet, das geschilderte System sei bis jetzt "reasonably successful". Im Zeitraum 1964 - 1974 seien schätzungsweise 300'000 Arbeitsplätze in den unterentwickelten Gebieten geschaffen worden, gleichzeitig seien aber mehr Arbeitsplätze auch verlorengegangen. Per Saldo sei deshalb gegenüber früher keine Besserung eingetreten, jedoch habe man Schlimmeres verhüten können.

Herr Williams übergibt Herrn Bundesrat Brugger eine ausführliche Dokumentation in der Sache.

Herr Williams erkundigt sich daraufhin über unsere Probleme mit der Uhrenindustrie, der alternativen Verwendung von einseitig aus-

gebildeten Branchen-Spezialisten, der Mobilität der Arbeitskräfte, der Rolle der Sprachunterschiede im Rahmen der Mobilität.

Auf die Frage von Herrn Bundesrat Brugger, ob man bei der Hilfe nicht auch die Frage der späteren Konkurrenzfähigkeit und der Ueberlebens-Chancen mitberücksichtige und nach welchen Kriterien man dies tue, antwortet Herr Williams, dass das beschriebene System an sich automatisch sei. Dies erlaube, mit kleinem administrativem Aufwand auszukommen. Sobald zusätzlich selektive Hilfe angebeht werde, müsse die längerfristige Ueberlebens-Chance des Unternehmens belegt werden.

Im Rahmen der regionalen Hilfe und Entwicklung zeige sich immer mehr, dass das Ueberleben der Betriebe nicht zuletzt auch eine Frage der Produktivität, eines entsprechenden Managements und der positiven Einstellung der Gewerkschaften sei. Hier sei man auf der Suche nach einem "besseren" approach". Man denke dabei an besondere Zuschüsse, welche den Produktivitätsfortschritt fördern sollen. Man müsse wohl auch die vergangene Tendenz, welche zur Verflachung der Salärunterschiede geführt habe, neu überprüfen und die produktive Leistung besser honorieren.

Herr Bundesrat Brugger stellt zuletzt noch die Frage, ob eine Institution zur Beurteilung der "Zukunftsträchtigkeit" einer Branche oder eines Unternehmens bestehe.

Herr Williams gibt sich diesbezüglich Rechenschaft, dass Beamte für eine solche Aufgabe ungenügend vorbereitet seien. Deshalb sind Leute aus der Wirtschaft auf Zeit engagiert worden, die in Arbeitsgruppen arbeiten. Das automatische Hilfssystem habe den Vorteil, administrativ wenig zu kosten, während selektive Hilfe einen teuren Stab von Spezialisten benötige.





Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement

**HANDELSABTEILUNG**

Département fédéral de l'économie publique

**DIVISION DU COMMERCE**

Bern, den 23. März 1977

GB 821.AVA  
 Besuch von Herrn Bundesrat  
 E. Brugger in London

---

Schweizerische Botschaft London  
 Paris  
 Köln

Schweizerische Delegation bei der OECD, Paris

Schweizerische Mission bei den Europäischen  
 Gemeinschaften Brüssel

HH. Bundesrat E. Brugger  
 Generalsekretär Dr. Hasler, EVD  
 Direktor Jolles  
 Generalsekretär Botschafter Dr. Weitnauer, EPD  
 Botschafter Dr. Hegner, EPD

Finanz- und Wirtschaftsdienst EPD

HH. Direktor Bonny, BIGA  
 Delegierter für Konjunkturfragen

Rb, Ja, D, Bt, Mo, Hf, So, vT, Ly, B, R, Gi, Bro,  
 Gg, Lu